

Demo statt Schule

Wie Demonstrationen mit den notwendigen Menschenmassen versorgt werden, ist in den vergangenen Jahren außenstehenden Personen eindrucksvoll gezeigt worden. Während früher bereits Gewerkschaften ganze Buskolonnen bereitstellten, damit möglichst viele Teilnehmer gemütlich an Kundgebungen gegen freiheitliche Parteien teilnehmen konnten, zeichnete sich in der jüngsten Vergangenheit ein weiterer Massentrick ab. Offenbar stellten sich einige Personen die Frage, was Schüler lieber machen würden, nur um nicht die Schulbank zu drücken. Die Antwort war schnell gefunden: Nahezu alles und sei es nur um zu demonstrieren. Damit war ein Heer bereitwilliger Demonstranten geboren.

Jetzt ziehen vermehrt Schüler durch die Städte und wollen sich für Klimaschutz einsetzen. Sicherlich ist es begrüßenswert, wenn endlich jene die Politik mehr gestalten wollen, deren Zukunft gerade verspielt wird. Ernsthaft glauben werden es wohl die wenigsten, dass das politische Interesse die wirkliche Triebfeder des Handelns ist und hier nicht lenkend eingegriffen wurde.

Es darf mehr abgeschoben werden



Besonders Alleinerziehende sind von Altersarmut betroffen. Der Unterschied zu anderen betroffenen Personengruppen ist aber, dass bereits vorher häufig ein Leben am Rande des Existenzminimums erfolgt. Deshalb legen wir Republikaner großen Wert darauf, dass Alleinerziehenden gezielter geholfen wird. Während der Rest der Welt an unseren Steuergeldern genesen soll, finden unsere notleidenden Bürger nur wenig Berücksichtigung. Dieses Verhalten ist nicht nur beschämend, aber es zeigt wieder einmal auf, wie sehr auf die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung geachtet wird. Wir Republikaner sehen uns als Sozialpatrioten und dem eigenen Volk gegenüber primär verantwortlich. Deshalb sind wir nicht nur für eine generelle Entlastung von Alleinerziehenden, sondern auch für die Förderung junger Familien, denn oftmals ist die geringe Kinderzahl auch eine soziale Frage.

Jobcenter schickt Alte und Kranke auf den Campingplatz

Wer keine Unterkunft hat, der braucht in einigen Kommunen nicht mehr auf eine Wohnung zu hoffen. Das örtliche Jobcenter schickt Menschen ohne Unterkunft auf den Campingplatz - darunter alte und kranke Personen. Der Grund: In der Stadt sind richtige Wohnungen knapp und teuer. Aus der gesamten Region kommen Menschen inzwischen zu dem Campingplatz und bitten um eine Unterkunft. Das lokale Jobcenter empfiehlt bereits vor Ort seinen „Kunden“ ganz offiziell, sich beim Campingplatzbetreiber zu melden. Das Jobcenter dann die Miete und einen Teil der Umlagen. Auf eine Unterbringungspolitik, die während der Massenaufnahme von Asylanten erfolgt ist, dürfen die eigenen Bürger wohl noch lange warten. In Deutschland gibt es laut Schätzung der Wohnungslosenhilfe über 1,2 Millionen Wohnungslose - und die Zahl steigt stetig weiter. Eine Statistik wird über diese Menschen nicht geführt. Scheinbar ist eine genaue Aufschlüsselung nicht wichtig genug.

11 Terrorverdächtige festgenommen

Wie hoch die Terrorgefahr in Deutschland ist und mit welchen Taten die Behörden rechnen, zeigten die jüngsten Polizeieinsätze. Sondereinsatzkommandos sind in zwei Bundesländern gegen eine mutmaßliche Zelle der Terrormiliz der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) vorgegangen. Beamte durchsuchten am Freitag und Samstag Objekte in zehn Städten Nordrhein-Westfalens sowie im baden-württembergischen Ulm. Gesucht wurde nach Sprengstoff und Waffen, wie die federführende Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf am Samstag mitteilte. Elf Männer im Alter von 22 bis 35 Jahren überwiegend tadschikischer Nationalität wurden zeitweise festgenommen und wieder freigelassen, denn Waffen konnte die Polizei nicht finden. Ermittelt werde gegen eine Gruppe von mindestens sechs Personen wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, sagte ein Behördensprecher. Daneben gehe es

um den Verdacht der Verabredung zum Mord sowie der Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion. Die verdächtigen sechs Personen seien unter den elf Festgenommenen. Die Polizei wirft der Gruppierung vor, sich entweder als Zelle der Terrormiliz IS oder als Unterstützer der Ziele dieser Organisation Waffen und Sprengstoff verschafft zu haben. Damit hätten die Islamisten verschiedene Anschläge auf dem Gebiet der Bundesrepublik geplant. Mehrere hundert Beamte durchsuchten unter anderem Objekte in Essen, Düsseldorf, Wuppertal, Mönchengladbach, Duisburg sowie im baden-württembergischen Ulm.

In Düsseldorf sei ein Mann auf offener Straße Terrorverdächtige festgenommen worden, teilte die Staatsanwaltschaft über die Medien mit. Eine Festnahme habe es auch in Essen gegeben. Wo und wann die anderen Personen festgenommen wurden,

wurde zunächst nicht bekannt. Auslöser für den Großeinsatz war die vermeintliche Amokfahrt eines 19-jährigen Tadschiken in der Essener Innenstadt am Freitag. Daraufhin gingen die Behörden von einem Auftakt aus, der mehrere Anschlagsszenarien beinhaltete. Dies habe sich aber nicht bestätigt.

Der zuvor bereits polizeibekannt 19-Jährige war am Freitagmorgen mit seinem Wagen mit höherer Geschwindigkeit durch eine Fußgängerzone der Essener Innenstadt gerast. Spezialkräfte nahmen den Mann schließlich fest. Ermittelt wird wegen versuchter Tötung. Es habe zwar nicht den Verdacht gegeben, dass die eine Amokfahrt geplant worden sei, teilte die Polizei später mit, aber es gibt genügend Beispiele für terroristische Anschläge unter Verwendung eines Kraftfahrzeugs, die ähnlich abliefen.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE REPUBLIKANER REP

REP-TV läuft an

In den ersten Landesverbänden läuft eine Informationssendung unserer Partei an. Der Landesverband Sachsen hat bereits die Sendung aufgenommen und auch in NRW wird demnächst eine regelmäßige Berichterstattung erfolgen, die sowohl aktuelle politische Themen umfasst, aber auch verschiedene Positionen unserer Partei vorstellt. Bereits in der Vergangenheit wurden erste Probeläufe gestartet, jedoch wird unsere Partei nun verstärkt auf diese Informationsmöglichkeit zurückgreifen.

Wenn Hausbesetzung belohnt wird

In fast allen Großstädten wird bezahlbarer Wohnraum immer mehr zur Mangelware. Schon vor Jahren erlebten Städte regelrechte Preisexplosionen. Auch Düsseldorf hat ein Problem im Bereich bezahlbarer Wohnungen. Viele entsprechende Wohnungen fehlen und pro Jahr müssten über 3500 neue Wohnungen entstehen, was aber nicht gelingt. Während die Mieten steigen und der durchschnittliche Mietpreis inzwischen bei rund 12 Euro pro Quadratmeter liegt, wird in einigen städtischen Wohnungen weniger als 2 Euro pro Quadratmeter verlangt. Es handelt sich dabei um Wohnungen auf der linksalternativen Kiefernstraße, die von der Hausbesetzerszene vor vielen Jahren eingenommen und später mit unfassbaren Mietverträgen versehen wurden. Während tausende Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger verzweifelt bezahlbaren Wohnraum suchen, wird hier eine frühere Hausbesetzung noch belohnt. Deshalb werden die Republikaner auch zu diesem Thema eine Anfrage im Stadtrat stellen, denn solche ideologischen Bevorteilungen sind ein nicht hinnehmbarer Zustand. Damit aber nicht genug, denn wenn auf dieser Straße Wohnungen frei werden, dann haben die anderen Bewohner ein Mitbestimmungsrecht, wer in die städtischen Wohnungen einziehen darf. Unfassbare Zustände, die von der Stadt noch unterstützt werden.

15 Milliarden mehr an die EU

Griechenland, Irland, Portugal und so weiter ...
Unser Geld für alle Welt?
NEIN!
Wählt deshalb REP!
DIE REPUBLIKANER REP
 www.rep-bw.de

Deutschland soll 15 Milliarden Euro mehr an die EU zahlen. Wegen des Brexits fordert der EU Haushaltskommissar Oettinger (CDU) deutlich höhere Beiträge von Deutschland. Mit dem Austritt Großbritanniens müssten die fehlenden Ausgaben bei Grenzsicherung und Sicherheit ausgeglichen werden. Finanzminister Scholz (SPD) will den bisherigen deutschen EU-Beitrag von 30 Milliarden Euro auf 45 Milliarden Euro deutlich erhöhen. Obwohl sich andere EU-Staaten dafür einsetzen, die Beiträge nach dem Brexit geringer ausfallen zu lassen, fordert die Bundesregierung selbst eine Erhöhung der deutschen Beiträge. Oettinger hatte bereits vergangenes Jahr von Deutschland gefordert, seine Zahlungen an die EU zu erhöhen. Die Haushaltslücke, die durch den Brexit entstehen werde, könne nur durch höhere Beiträge der verbliebenen Mitgliedsstaaten geschlossen werden. Zudem gebe es neue Aufgaben für die Europäische Union, wie beispielsweise den Kampf gegen den Terror oder den Schutz der EU-Außengrenzen, so Oettinger. Damit ist auch für die Zukunft eine EU-Sachlage weiterhin geklärt: Deutschland ist und bleibt Zahlmeister der EU, es darf nur darüber gestritten werden, wieviel unser Land zu leisten hat.

Erste Kommunalwahlteilnahmen bestätigt

In mehreren Bundesländern finden Kommunalwahlen statt. In einigen Regionen tritt unsere Partei erstmalig zur Wahl an und mussten Unterschriften für die Wahlzulassung sammeln. Erfolgreiche Rückmeldungen wurden bereits aus Brandenburg veröffentlicht, wo der erstmalige Antritt zu der Stadt – und Kreistagswahlen in Rathenow gelungen ist. In den nächsten Ausgaben werden wir über die Wahlteilnahmen in weiteren Regionen berichten.

HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN

Ihre Unterschrift
 MITGLIED WERDEN!
Sag JA zu REP!
 Unterschrift
für unsere Zukunft >

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei:

<https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Spenden für Deutschland >



Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,

IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P.: Kevin Krieger

Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

[Informieren Sie sich über unsere Arbeit](#)

Ich möchte mehr über die Partei erfahren.

Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.

Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige Veranstaltungen im Raum Karlsruhe. Weitere Informationen unter:725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788
- **Hannover:** Monatlicher Informationsabend der Republikaner Hannover. Interessenten können sich melden unter: niedersachsen@rep.de



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. 10.00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband _____ Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bezirksverband _____ Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Landesverband _____ Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bundesverband _____ Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.